

MEHR SCHUTZ DURCH VERSTÄRKTE ZUSAMMENARBEIT

Veranstaltungsserie "Forum Innere Sicherheit" – Sitzung #2 – Sicherheit braucht Europa

Die Bürger der Europäischen Union und insbesondere des Schengen-Raums genießen ein hohes Maß an Reisefreiheit. Durch den Verzicht auf Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen ist Mobilität heute so einfach wie nie. Doch gerade dies ermöglicht auch Straftätern ein grenzüberschreitendes Agieren. Insofern sehen sich Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen vielfach neuartigen und komplexen Anforderungen ausgesetzt. Um die Bürger bestmöglich vor Terrorakten zu schützen und Kriminalfälle aufzuklären, ist eine schnelle und effektive Vernetzung nicht nur zwischen den nationalen Behörden, sondern auch und gerade zwischen den verschiedenen Behörden der EU-Mitgliedsstaaten notwendig. Viele wichtige Maßnahmen hin zu einer verbesserten Zusammenarbeit sind bereits umgesetzt oder auf den Weg gebracht worden. Ebenso richtig ist aber auch, dass es in vielen Bereichen – wie etwa dem Informationsaustausch – nach wie vor noch keine zufriedenstellenden Lösungen gibt. Nur als starker und geeinter Akteur wird die Europäische Union auf die neuartigen Bedrohungen angemessen reagieren können.

Das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) hat in Zusammenarbeit mit der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU und der Verbindungsstelle Brüssel der Hanns-Seidel-Stiftung am 29. Mai 2017 zur zweiten Sitzung der Konferenzreihe 'Forum Innere Sicherheit' geladen. Die Konferenzreihe bringt Experten unterschiedlicher Positionen zusammen, um gemeinsam Lösungen für die wachsenden Herausforderungen und Gefahren in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung zu erarbeiten. Dazu werden politische Mandatsträger, Beamte der EU-Institutionen sowie Vertreter der Mitgliedsstaaten und der Wissenschaft eingeladen. Die einzelnen Sitzungen erfolgen in zwei Abschnitten: Den Auftakt bildete ein Experten-Workshop, auf dem spezifische The-

menfelder erörtert und besprochen wurden. Auf der sich anschließenden öffentlichen Podiumsdiskussion wurden die Ergebnisse des Workshops präsentiert, um Impulsvorträge von Referenten ergänzt und mit dem Publikum diskutiert.

GRENZEN UND MÖGLICHKEITEN VON 'PROFILING'

Am Profiling scheiden sich die Geister. Sorgen um den Datenschutz sind dabei nur ein Aspekt, der das Profiling umstritten macht. Auch Bedenken hinsichtlich möglicher Diskriminierungen werden immer wieder in die Diskussion eingebracht. Während bereits innerhalb eines Nationalstaates Kontroversen zu diesem Thema zu vernehmen sind, so erhöhen sich diese auf europäischer Ebene im Zusammenspiel der zurzeit 28-Mitgliedsstaaten. Die Einstellung zur Speicherung von Daten beispielsweise ist von EU-Mitglied zu EU-Mitglied verschieden. Und doch wird es in Anbetracht der wiederkehrenden Terrorangriffe und der grenzüberschreitenden Kriminalität immer wichtiger, gemeinsam gegen diese Bedrohungen vorzugehen. 'Profiling' bietet trotz



Lothar Köhler, Kriminaldirektor vom bayerischen Landeskriminalamt leitete die Workshops „Grenzen und Möglichkeiten von Profiling“ sowie „Verbesserung des Datenaustausches in Europa“



aller Streitpunkte einen guten Ansatzpunkt, um die oftmals begrenzten Ressourcen von Polizei und anderen Sicherheitsbehörden effizient einzusetzen. Zudem meint Profiling an sich lediglich die Durchführung von Fallanalysen. Genauer gesagt handelt es sich um die Bewertung einer methodisch strengen Analyse des aus den Ermittlungen gewonnenen Datenmaterials. Die Ergebnisse dieser Arbeit sollen die Ermittlungen unterstützen.

Wie Profiling in Deutschland eingesetzt wird, berichtete Lothar Köhler, Kriminaldirektor des Bayerischen Landeskriminalamts und Sprecher der ersten Session des Workshops beim Forum Innere Sicherheit. Zum einen sollen bereits erfasste Personen bewertet werden, um einzuschätzen, ob von ihnen eine konkrete Gefahr ausgeht und wie die begrenzten Ressourcen bestmöglich eingesetzt werden können. Zum anderen sollen durch Profiling gefährliche Personen erkannt werden. Durch Kategorisierungen in Phänomen-Bereiche konnten im Laufe der Zeit beispielsweise verschiedene Tätertypen festgestellt werden, was wiederum bei der Festlegung von neuen Indikatoren und Täterprofilen hilft. Diese Indikatoren werden auch an deutsche Ämter weitergegeben.

Die Frage nach dem Umgang mit Gefährdern und relevanten Personen steht vor allem nach den Terroranschlägen der vergangenen Jahre immer wieder auf der politischen Agenda. Die Einstufung in solche Kategorien, der Tatsachen zugrunde liegen müssen, geschieht auf Basis bundesweit einheitlicher Definitionen. Daraufhin muss beschlossen werden, welche zulässigen und taktisch zweckmäßigen Maßnahmen ergriffen werden sollen. Dazu gehören unter anderem der Datenabgleich beziehungsweise die Erfassung in den Datensystemen sowie der Informationsaustausch. Vor kurzem hat der Deutsche Bundestag einem Gesetzesentwurf zur Verarbeitung von Fluggastdaten zugestimmt. Auf Grundlage dieser PNR-Da-

ten (Passenger Name Record) können unter anderem Suchmuster erstellt werden. Beim PNR handelt es sich um eine Speicherung von personenbezogenen Fluggastdaten, die ab Mai 2018 EU-weit umgesetzt werden soll. Neben den Namen sowie den Reisedaten und -routen werden auch Sitznummern, die Anzahl der Gepäckstücke und die Art der Bezahlung erfasst. Die Daten werden für fünf Jahre gespeichert. Nach sechs Monaten wird jedoch eine De-Personalisierung vorgenommen, sodass die Identität eines Fluggastes nicht mehr unmittelbar festgestellt werden kann.

Die Probleme, auf die Sicherheitsbehörden beim Profiling und den daraus resultierenden Maßnahmen stoßen, sind vielfältig. Einerseits stehen nur personell begrenzte Ressourcen zur Verfügung. Andererseits stoßen die Sicherheitsbehörden auf Schwierigkeiten, wenn es darum geht, Gefährder ohne Straftaten festzusetzen – selbst wenn der Verdacht besteht, dass ein Gewaltakt begangen werden könnte. Bei sämtlichen Maßnahmen, die auch zunehmend zentralisiert werden, ist es essentiell, alle Ebenen einzubinden, also auch die lokalen Behörden. Dies betonte der Moderator des ersten Workshops, Roderick Parkes, Senior Analyst beim European Union Institute for Security Studies (EUISS).

VERBESSERUNG DES DATENAUSTAUSCHES IN EUROPA

Einer grundlegenden Herausforderung in den Sicherheitsbelangen der EU widmete sich der zweite Workshop, nämlich der Verbesserung des Datenaustausches in Europa. Teilnehmer von Polizei und Landeskriminalämtern beklagten unter anderem die Komplexität und die begrenzte Kapazität von Systemen sowie die Zeit, die verstreicht, bis Anfragen erfolgreich beantwortet werden. Besonders im Hinblick auf die Kurzlebigkeit von Profilen und die Mobilität gefährlicher Personen stellt dies ein besonderes Hemmnis dar. Laut Olivier Onidi, Stellvertretender Generaldirektor für Sicherheit (GD HOME) bei der



Europäischen Kommission, gibt es zwei Hauptwege, die eingeschlagen werden müssen, um den europäischen Datenaustausch zu verbessern: Zum einen müssten bestehende Systeme verbessert und zugleich besser genutzt werden. Dazu zählen unter anderem ‚ECRIS‘ (Europäisches Strafregisterinformationssystem) und ‚Prüm‘ (Mechanismus zur Vernetzung nationaler Polizeidatenbanken innerhalb der EU). Zum anderen besteht die Notwendigkeit, bestehende Lücken zu schließen. Seit April 2014 ist ECRIS ein weiterer Schritt zur besseren Vernetzung der EU-Mitgliedsstaaten. Dabei wird ein elektronischer Zugriff auf nationale Strafregister gewährt. Diese bestehende Plattform soll nun auf Basis von bilateralen Vereinbarungen verbessert werden, indem nationale Register von Drittstaaten mit in das System eingebracht werden. Der Prümer Vertrag – benannt nach dem Unterzeichnungsort in Rheinland-Pfalz – soll den Austausch verschiedener Polizeidatenbanken zwischen den Teilnehmerstaaten erleichtern. Konkret handelt es sich um DNA-Daten, Fingerabdrücke und um Daten aus dem Kraftfahrzeugregister. Ziel ist es, durch eine effizientere Kooperation schneller auf Daten zuzugreifen, um so gezielter gegen Terrorismus und Kriminalität vorgehen zu können. Allerdings hat eine ganze Reihe von Mitgliedsstaaten noch kein eigenes System entwickelt oder nutzt das Potenzial von Anfragen an andere Mitgliedsstaaten nicht aus.

Während der europäische Datenaustausch an verschiedenen Stellen noch der Verbesserung bedarf, stellt sich gleichzeitig die Frage, wie weit Behörden bei der Überwachung und Überprüfung gehen müssen oder dürfen. Die Zukunft des Datenaustauschs sollte laut Onidi in der besseren Auswertung und Vernetzung der Länder liegen. Ziel sei es nicht, den Zweck der Datenerhebung und -speicherung zu verändern, so dass per se keine Gefahr eines Eingriffs in die Privatsphäre besteht. Technisch ist bei der Überwachung potentieller Gefährder fast alles denkbar.

Jedoch sollte nicht alles, was technisch möglich ist, auch umgesetzt werden, meinte Wulf Hemmerle von eu-LISA (Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT). In Frankreich etwa sind Polizei und Sicherheitsbehörden im Rahmen des verhängten Ausnahmezustands aktuell in hohem Umfang befugt, Gespräche von Verdächtigen abzu hören und entsprechende Daten zu sammeln. Eine Meinung über die zu ziehende Grenze muss sich die Öffentlichkeit bilden, was wiederum voraussetzt, dass die europäischen Bürger ausreichend über nationale und europäische Maßnahmen informiert werden.

SICHERHEITSPOLITISCHER DIALOG

Zur Abendveranstaltung konnten der EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, Sir Julian King, sowie Joachim Herrmann, Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr, für einen sicherheitspolitischen Dialog gewonnen werden. Unter der Moderation von Peter Müller, Brüssel-Korrespondent des Wochenmagazins Der Spiegel, gingen die Dis-





v.l.n.r.: Joachim Herrmann, Moderator Peter Müller, Sir Julian King

kutanten vor allem der Frage nach, welcher Sicherheitsstrategien die EU aktuell bedarf und wie eine konsequente Umsetzung gemeinsamer, europäischer Initiativen in den Mitgliedsstaaten sichergestellt werden kann.

Übereinstimmung bestand darin, dass es in den vergangenen Jahren in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse gekommen ist. Neuartige, zum Teil asymmetrische Bedrohungen – vor allem im Bereich Cyber-Security – haben zum einen die traditionelle Unterscheidung zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren obsolet werden lassen. Vielfach ist es nun privaten Akteuren möglich, in traditionelle Kompetenzfelder des Nationalstaates vorzudringen und die staatliche Autorität zu untergraben. Europäische Strukturen und Kompetenzen haben diesen Entwicklungen meist nicht Folge leisten können, so dass mögliche Synergieeffekte auf europäischer Ebene längst nicht ausgeschöpft sind. Darüber hinaus stellt das veränderte Sicherheitsumfeld auch die nationale und regionale Ebene vor

Im Publikum saßen auch die MdEP's Michael Gahler, Thomas Mann, Albert Deß und Markus Ferber



neuartige Herausforderungen. Bei der Konzeption sicherheitspolitischer Initiativen muss daher sichergestellt werden, dass europäische, nationale und regionale Ebenen angemessen berücksichtigt werden und somit ihren Beitrag zu einem größtmöglichen Maß an Sicherheit leisten können. Klar ist, dass den Bedrohungen aufgrund ihres Umfangs und ihrer Komplexität nur gemeinsam begegnet werden kann. Dabei sollten neben den bestehenden Risiken und Schwierigkeiten unbedingt auch die Chancen einer verstärkten Zusammenarbeit bedacht werden, da neue Strukturen und Gegebenheiten immer auch neue Möglichkeiten eröffnen. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung ist es notwendig, dass die Mitgliedsstaaten den Rahmen zur Durchsetzung europäischer Maßnahmen schaffen, damit diese zügig und wirksam umgesetzt werden können. Dies wiederum ist nötig, um das vielfach verloren gegangene Vertrauen der Bürger in das Sicherheitsversprechen des Staates wiederherzustellen.

Herrmann wies in seinem Vortrag auf die Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen hin. Demnach zeigen diese konstant und einheitlich, dass aktuell das Thema Sicherheit die Menschen in Europa am meisten beschäftigt. Mit der Formulierung in den europäischen Verträgen, die EU sei ein „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“, hat sich die Politik einen Auftrag und ein Ziel zugleich gesetzt. Dabei ist augenscheinlich, dass die drei Komponenten in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen können. Aufgabe muss es sein, dass ein Mehr an Freiheit nicht zu einem Weniger an Sicherheit führt. Umgekehrt muss aber auch gelten, dass Sicherheit nicht zulasten der Freiheit der Bürger gehen darf. Dabei befindet sich die Politik in einem permanenten Wettbewerb insbesondere mit der Organisierten Kriminalität, welchen die Politik immer wieder aufs Neue zu verlieren droht – aber nicht verlieren darf, um sich nicht Legitimationsproblemen der Bevöl-



Das Publikum verfolgt gespannt den Ausführungen der Panelisten

kerung gegenüber ausgesetzt zu sehen. Fakt aber ist, dass Kriminelle von eben jener Freiheit profitieren, die eines der höchsten Güter der Europäischen Union ist, und auf das die EU und ihre Bürger stolz sind und das sie unbedingt verteidigen wollen. Umso wichtiger ist es, dass jede administrative Ebene – die europäische, die nationale und die regionale – ihren Beitrag dazu leistet, diese Freiheit zu verteidigen.

Darauf deutete Herrmann auf die Notwendigkeit der Kontrollen an den europäischen Binnengrenzen solange es keinen effektiven Schutz der europäischen Außengrenzen gibt. Immer wieder hätten unerlaubte und unkontrollierte Grenzübertritte deutlich gemacht, dass es der EU bisher nicht vollständig gelungen ist, den Schutz der Außengrenzen sicherzustellen. Von daher ist im Falle Bayerns und Deutschlands in den vergangenen Monaten die bilaterale Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden in Österreich und der Tschechischen Republik deutlich ausgebaut worden. Auch 30 Jahre nach Unterzeichnung des Vertrags von Schengen ist die Kontrolle an den Außengrenzen noch zum Teil ungenügend. Die dauerhafte Abschaffung von Grenzkontrollen wird nur dann auf Akzeptanz und Zustimmung in der Bevölkerung stoßen, wenn die nationalen Si-

cherheitsbehörden wirksam zusammenarbeiten. Der Datenaustausch ist dabei zentral als Kompensation für den Wegfall von Grenzkontrollen. Die bilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat vielfach Früchte getragen bei der Vereitelung von Straftaten oder der Identifizierung und Verfolgung von Straftätern. Eine europaweite Kooperation und Gremien zur Zusammenarbeit auf supranationaler Ebene aber sind für Erfolge in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung unerlässlich.

Die Panelisten waren sich einig, dass insbesondere der Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten deutlich verbessert werden muss. Dazu sollten zunächst die bestehenden Systeme und Instrumente voll ausgenutzt und gegebenenfalls ausgebaut werden. Zweitens sollten die bestehenden Systeme besser miteinander vernetzt werden. Und drittens sollte über die Schaffung neuer Systeme und Instrumente nachgedacht werden. Darüber hinaus bestand Einigkeit, dass die Mitgliedsstaaten den von ihnen eingegangenen Verpflichtungen nachkommen und die auf europäischer Ebene getroffenen Vereinbarungen umsetzen müssen. Der konkrete Fall des Prümer Beschlusses von 2009 etwa, wonach Mitgliedsstaaten DNA und Fingerabdrücke in Datenbanken einspeisen müssen, damit diese EU-weit ab-



JOACHIM HERRMANN

Bayerischer Staatsminister des Innern, für Bau und Verkehr

"So wie die Kriminalität keine Schlagbäume kennt, so darf auch die Zusammenarbeit keinen Halt vor Grenzen machen. Letztendlich kommt es darauf an, dass jede Ebene ihren Beitrag zur Inneren Sicherheit leistet."



gerufen werden können, zeigt deutliche Lücken bei der Umsetzung auf. Obwohl mittlerweile europaweit geltendes Recht, sind aktuell noch sechs Mitgliedsstaaten dieser Verpflichtung nicht in ausreichendem Maße nachgekommen. Dabei zeigen etwa die Beispiele der Attentäter von Paris und Berlin, die sich mit gefälschten Identitäten in mehreren EU-Mitgliedsstaaten unbemerkt aufhalten konnten, dass Informationsdefizite schwerwiegende Folgen haben können.

Auch Sicherheitskommissar Julian King plädierte in seinem Statement für eine schnelle Implementierung der vereinbarten Maßnahmen durch die Mitgliedsstaaten. Er wies darauf hin, dass das Bundesland Bayern sich durch eine vergleichsweise geringe Kriminalitätsrate bei einer gleichzeitig hohen Aufklärungsrate von Verbrechen auszeichnet. Mehrere Statistiken belegen dies. Dennoch seien selbst vermeintlich sichere Regionen wie Bayern auf eine

An der Fragerunde beteiligte sich auch Dr. Günther Beckstein, ehemaliger Bayerischer Ministerpräsident

europaweite Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen angewiesen. Laut King muss die europäische Sicherheitspolitik im Wesentlichen zwei Strategien verfolgen: Zum einen sollte durch präventive Maßnahmen der Raum verringert werden, in dem Terroristen operieren können. Dies betrifft vor allem den ideologischen Raum, indem die Politik künftig noch mehr in Aufklärungsprogramme investiert. Zum anderen muss die zwischenstaatliche Zusammenarbeit verbessert werden, indem Informationslücken (information gaps) zwischen den nationalen Sicherheitssystemen geschlossen werden. Dies kann durch ein effizienteres Teilen von Informationen (information sharing) und eine bessere Vernetzung bestehender Systeme (inter-operationality) erfolgen. Umgekehrt muss der Aufbau von Doppelstrukturen vermieden werden. Ein erster Erfolg lässt sich daran ablesen, dass im Jahr 2016 die Einspeisung von Daten in das Schengener Informationssystem um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat.

FAZIT

Terrorismus, Kriminalität und Extremismus agieren heute grenzüberschreitend und sind global vernetzt. Nur als starker und geeinter Akteur kann die Europäische Union auf die neuartigen Bedrohungen reagieren. Eine lediglich bilaterale Zusammenarbeit zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten ist oftmals zu zeitaufwändig und daher nicht effektiv genug. Zur Gewährleistung von Sicherheit ist darüber hinaus eine effiziente Kooperation zwischen europäischer, nationaler und regionaler Ebene zwingend notwendig. Insbesondere die Europäische Kommission hat in den vergangenen Jahren einige Vorschläge präsentiert, um möglichst wirkungsvoll auf das veränderte Sicherheitsumfeld in Europa reagieren zu können.

Trotz einiger Fortschritte in den vergangenen Jahren besteht in vielen Bereichen noch erheblicher





SIR JULIAN KING

Europäischer Kommissar für die Sicherheitsunion

"Um den Terrorismus, Cyber-Angriffe und das Organisierte Verbrechen wirksam bekämpfen zu können, müssen alle Beteiligten zusammenarbeiten. Wir müssen die richtigen Entscheidungen treffen, die dann auch umgesetzt werden müssen."

Nachholbedarf. Dies betrifft vor allem die wirksame Kontrolle und den Schutz der europäischen Außengrenzen. Hier wäre eine ‚echte‘ Agentur zum Schutz der Außengrenzen mit ausreichenden Kompetenzen und finanziellen Mitteln denkbar und wünschenswert. Gleichzeitig muss darauf geachtet werden, die zunächst bestehenden Instrumente zu nutzen. Ferner müssen – wo notwendig – die bestehenden Instrumente modernisiert und mit neuen, zeitgemäßen Möglichkeiten ausgestattet werden. Auch müssen die Vereinbarkeit und das Zusammenspiel zwischen den bestehenden Systemen verbessert werden. Erst dann sollten die mitunter sehr heterogenen, nationalstaatlichen Systeme durch einheitliche europäische Systeme ersetzt werden. Eine zentrale Herausforderung für die europäische Sicherheitspolitik besteht darin, nicht nur die Quantität der Daten, sondern vor allem deren Qualität zu verbessern. Konkret bedeutet dies, dass unvollständige Daten vervollständigt, fehlerhafte verbessert und fehlende gezielt ergänzt werden. Es muss sorgfältig und behutsam mit den technischen Möglichkeiten umgegangen werden: Nicht alles, was technisch möglich ist, sollte auch umgesetzt werden. Die Herausforderung wird sein, die großen technischen Möglichkeiten bestmöglich einzusetzen.

Die Herausforderungen und Restriktionen im Bereich der europäischen Sicherheit und Verteidigung sind evident: Die bestehenden Sicherheitssysteme in den EU-Mitgliedsstaaten sind zum Teil sehr heterogen, ebenso wie die einzelnen Kompetenzen von Polizei und Sicherheitsbehörden in den jeweiligen Mitgliedsstaaten. So etwa gilt das deutsche föderale System mit seinen weitreichenden Befugnissen für die Sicherheitsbehörden der Bundesländer als einzigartig in der EU. Eine besondere Herausforderung

stellt die multiple Cyber-Bedrohung dar. Neben Staaten und Privatpersonen betrifft dies in zunehmendem Maße auch Unternehmen. Die Hälfte der von der Europäischen Kommission in einer Studie befragten Unternehmen gab an, schon mindestens einmal Opfer einer Cyber-Attacke geworden zu sein. Der Schaden solcher Cyber-Attacken für europäische Unternehmen beläuft sich nach Schätzungen auf etwa 500 Milliarden Euro jährlich. In diesem Zusammenhang möchte die Kommission ihre aus dem Jahr 2013 stammende Strategie für Cyber-Sicherheit in den kommenden Monaten überprüfen und modernisieren. Letztlich aber gilt unverändert: Es wird im Wesentlichen vom politischen Willen in den Mitgliedsstaaten abhängen, die Initiativen und Maßnahmen der Europäischen Kommission und anderer Behörden in die Praxis umzusetzen.

Nach offiziellem Ende der Veranstaltung wurden die Gespräche fortgesetzt





KONZEPT DES 'FORUM INNERE SICHERHEIT'

Laut aktuellen Studien fühlt sich die Mehrheit der EU-Bürger durch den islamistischen Terrorismus, Rechts- und Linksextremismus, Organisierte Kriminalität sowie illegale Migration massiv in ihrer Sicherheit bedroht. Um diesen Bedrohungen entgegenzuwirken, beschlossen die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren diverse neue Sicherheitspakete. Auch auf europäischer Ebene sind eine immer engere Zusammenarbeit und ein Kompetenzausbau der gemeinsamen Agenturen (z.B. Europol, Frontex) zu beobachten.

Zwar konnten auf nationaler und europäischer Ebene wichtige Fortschritte erzielt werden. Die Terroranschläge in Paris und Brüssel, eine immer globaler agierende Organisierte Kriminalität sowie die hohe Zahl an illegalen Migranten verdeutlichen aber, dass die aktuellen Sicherheitskonzepte noch ausbaufähig sind. Doch wie kann und sollte man diese verbessern? Ist eine weitere Europäisierung der Sicherheitskonzepte notwendig, oder kann die Innere Sicherheit besser durch nationale Maßnahmen gesichert werden? Wie ist die aktuelle Bedrohungslage realistisch einzuschätzen, und wie ist eine – dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechende – Balance zwischen Freiheit und Sicherheit am besten herzustellen?

Das Europabüro der Konrad-Adenauer- Stiftung möchte gemeinsam mit der Hanns-Seidel-Stiftung und der Vertretung des Freistaates Bayern diese und ähnliche Fragen mit einer neuen Veranstaltungsreihe aufgreifen. Neben Vertretern der EU-Institutionen werden insbesondere auch Vertreter der Wissenschaft und der Nationalstaaten / Bundesländer eingeladen, da diese bei der Reform der europäischen Sicherheitssysteme eine entscheidende Rolle spielen. Ziel der Veranstaltungsreihe ist es, eine Plattform für Experten anzubieten und hierdurch eine bessere Abstimmung zwischen europäischer, nationaler und wissenschaftlicher Ebene zu ermöglichen.



Fokus Europa

*Mehr Schutz durch verstärkte
Zusammenarbeit*

*Forum Innere Sicherheit – Sitzung #2
– Sicherheit braucht Europa*

Veröffentlicht durch

*Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
European Office
11, Avenue de l' Yser
B-1040 Brussels
Belgium*

Text

*Lucas Schramm
Jana Niedringhaus
Kai Zenner*

Redaktion

*Dr. Hardy Ostry
Kai Zenner
Maria Christian*

Fotos

*FKPH Event Photo Service
Maria Christian*

Design

Balázs Mózes-Finta

*Diese Publikation unterliegt dem Ur-
heberschutz. Jegliche Form der Ver-
vielfältigung und der Weiterleitung
an Dritte bedarf der Zustimmung
durch die Konrad-Adenauer-Stiftung.*

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

www.kas.de/bruessel